Nr. 153. 6. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postatalogs 2761) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Emil Fischer in Hamburg.

Sonnabend, den 2. Juli 1892.

Anzeigen werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Polizei-Behörde Abtheilung IV

Nemesis.

○ Der alte „Reichsnörgler“ aus Friedrichsruh sucht etwas darin, mit seiner politischen Koketterie di öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Zwar läg für uns darum kein Grund vor, uns mehr mit dieser abgethanen Persönlichkeit zu beschäftigen, als durchaus unerläßlich erscheint. Aber wir müssen heute auf ihn zurückkommen, weil sein jüngstes Auftreten gegen die Regierung eine Wendung in der inneren Politik herbeizuführen geeignet ist. Die Regierung Caprivi, welche bis jetzt die offenen und versteckten Angriffe Bismarcks vornehm ignorirt hatte, ist aus ihrer Zurückhaltung hervorgetreten und hat in derselben „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die sonst immer eine Spalte für Bismarck offen hielt, energisch geantwortet.

Es ist interessant, die Wirkung dieser Antwort zu beobachten. Die ängstlichen Nationalliberalen haben die Antwort als eine Ankündigung weiterer „energischer Maßregeln“ aufgefaßt und winseln die herrschenden Gewalten um Gnade für den „großen Staatsmann“ an. Sie sehen schon im Geiste, wie die Faust des Gesetzes sich nach ihrem Abgott ausstreckt und ihn am Kragen nimmt. Der erbarmenswürdige Anblick, den die nationalliberalen Heuler und Zähneklapperer bieten, hat natürlich das Herz des verwandten „Freisinns“ nicht ungerührt lassen können und so kommt denn auch die „Tante Voß“ herbeigekrochen und fleht, man möge den „Gründer des Reichs“ nicht antasten. In der That, die bürgerliche Charakterlosigkeit hat sich noch nie so sehr in ihrer Blöße gezeigt, wie bei dem famosen „Freisinn“, der sich vor dem Volke seines Widerstandes gegen Bismarck mit breitspurigen Phrasen zu rühmen pflegt, der aber nicht einmal den Muth hatte, den abgesägten Staatsmann in der Stichwahl mit der Sozialdemokratie durchfallen zu lassen, sondern ihm hülfreich beisprang. und der nun mit dem traurigen Nationalliberalismus um die Wette winselt, weil er fürchtet, der Büttel möge an das Thor des Schlosses von Friedrichsruh klopfen.

Wir stehen dem Streite zwischen Bismarck und Caprivi kühl gegenüber. Zwar rechnen wir es der Regierung Caprivi an, daß sie das Sozialistengesetz hat fallen lassen; aber der Verzicht auf diese Lieblingswaffe Bismarcks ist auch so ziemlich Alles, was die jetzige innere Politik von der früheren unterscheidet. Neue und fruchtbringende Gedanken sind Herrn von Caprivi nicht aufgegangen; in manchen Dingen ist er gar sehr den Spuren seines Vorgängers gefolgt, Er hat sich auch nur sehr schwer entschlossen, sich gegen Bismarck zu wenden, dessen angebliche „historische Größe“ ihm offenbar sehr imponirt. Wir sind dagegen in der angenehmen Lage, dem Fürsten Bismarck die Worte zurückgeben zu können, die er einst an den deutschen Reichstag richtete, nämlich: „Sie imponiren uns gar nichts!“

Allerdings galt jener Ausruf Bismarcks damals derselben „liberalen“, resp. „freisinnigen“ Bourgeoisie, von der jetzt die Regierung angewinselt wird, sie möge mit dem gestürzten Kanzler nicht allzu hart umgehen.

Wir sind keine Freunde politischer Verfolgungen und können von unserem prinzipiellen Standpunkte aus auch gegen den Fürsten Bismarck nicht die Polizei und den Staatsanwalt anrufen. Wenn Herr von Caprivi sich entschließen sollte, dies zu thun, so wäre dies seine Sache. Eine gewisse Nemesis läge darin, wenn dem Fürsten Bismarck das Schicksal jenes Ministers Danckelmann bereitet würde, der vor etwa 200 Jahren ganz Preußen gegen sich aufbrachte durch seinen Hochmuth und durch die Art, wie er seine Macht benutzte, um seine Verwandten zu versorgen. Der allmächtige Minister mußte hinter den „schwedischen Gardinen“ sitzen und wenn dies dem Fürsten Bismarck passirte, so würde die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes darin eine Genugthuung erblicken. Man würde sich daran erinnern, daß dieser Mann nicht nur Tausende um ihrer politischen Thätigkeit willen hat einsperren lassen, sondern daß er in seiner Gehässigkeit so weit ging, die Strafvollzugsordnung zu verschärfen und die politischen Gefangenen den gemeinen Verbrechern, den Dieben und Mördern gleichzustellen.

Nichtsdestoweniger behauptete er jüngst in München, die Sozialdemokraten wollten den Staat und die Gesellschaft zu einem Zuchthause machen, er, der Deutschland für so viele Tausende wirklich zum Zuchthause gemacht, d. h. ihnen keinen anderen Aufenthalt als das Zuchthaus gestattet hat.

Ob die Caprivi'sche Regierung zugreifen und den Fürsten Bismarck einsperren wird? Das können wir nicht wissen; soviel aber wissen wir: Wenn dies geschieht, so überlassen wir das Heulen und Wehklagen den Nationalliberalen und Freisinnigen; wir werden keine Thränen vergießen, wenn es dem Fürsten Bismarck noch beschieden sein sollte, zu erfahren, wie das „Sitzen“ thut.

Darüber weinen wir so wenig, wie über die Thatsache, daß die Dynastie Bismarck weder in Gestalt des Vaters noch der hoffnungsvollen Söhne jemals wieder zur Regierung gelangen wird.

Von der Weltbühne.

Die Reichstagsersatzwahl in Herford-Halle ist auf den 1. September angesetzt worden. Die „Köln. Ztg.“ fürchtet, daß unser Genosse Zwiener-Bielefeld in die Stichwahl kommen könne und bettelt deshalb bereits die Freisinnigen um eine „Vereinbarung“ mit den Nationalliberalen an. Bei der Wahl 1890 vertheilten sich die Stimmen folgendermaßen: Konservative 7899, Sozialdemokraten 2191, Nationalliberale 2168, Freisinnige 1286. Sämmtliche anderen Parteien hatten gegen 1887 einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen, während die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl mehr als verdoppelte. Die Befürchtungen der „Köln. Ztg.“ sind nach diesen Erfahrungen also durchaus nicht unbegründet.

Den alten Kohl hat der grollende Exkanzler einem Redaktör der Münchener „Neust. Nachr.“ gegenüber in Kissingen nochmals aufgewärmt. Er sagte, er beabsichtige nicht, Rache zu nehmen, sondern die nicht gedeihlichen Regierungshandlungen zu korrigiren. Er halte Parlament und Presse für ein nothwendiges Korrektiv der Regierung. Wenn das Vertrauen in die Berliner Zentrale schwinde, wachse der Partikularismus, letzterer werde aber niemals eine gefährliche Form annehmen. Er habe das Vertrauen des Kaisers Alexander III. in höchstem Maße besessen; in der Unterredung 1889 habe allein seine mündliche Versicherung genügt, daß die mit Stempel und Unterschrift geschickt auf den Namen des bulgarischen Fürsten und der Gräfin von Flandern gefälschten Schriftstücke unecht seien. Die guten Beziehungen zu Rußland beruhten lediglich auf dem Vertrauen des Zaren zu Bismarck. „Ich bin bei dem deutschen Kaiser in Ungnade gefallen und weiß nicht warum. Von einer Versöhnung kann nicht gesprochen werden, denn der Kaiser ist nicht bei mir in Ungnade gefallen. Wenn der Kaiser die Ungnade aufhebt, so ist das Verhältniß das alte. Intriguen liefen mit unter und die Form der Entfernung schmerzte mich tief. Ich hoffte, die Geschäfte erst bei Krankheit oder Tod niederzulegen.“ Das Volksschulgesetz war an sich nicht so gefährlich, es wäre auf die Ausführung angekommen; das wäre ein umgekehrter Kulturkampf geworden, das Gefährlichste war der Rückzug. Für das Ansehen der Regierung wäre es vortheilhafter gewesen, den beschrittenen Weg weiterzugehen. Er schöpfe neuen Muth, im Winter in den Reichstag zu kommen.

Das Letztere wird vorerst Niemand glauben, bis es Thatsache geworden ist. Der Abgedankte dürfte sich aber schön hüten, diese Absicht zur Ausführung zu bringen. Im Reichstage würde er sich nicht mehr hinter einem beliebigen Redaktör verstecken können; er würde sehr unangenehme Wahrheiten zu hören bekommen und vor Allem mit seinen eigenen Widersprüchen und Unwahrheiten schlecht fahren, obwohl es immer schwerer wird, ihn noch ernst zu nehmen, da er alle seine früheren Ansichten, z. B. die über Parlament und Presse, in's direkte Gegentheil verkehrt hat oder doch in demagogischer Absicht vorgiebt, sie geändert zu haben.

Die „nothleidende Landwirthschaft“ ist bekanntlich ein Schlagwort, mit dem sich unsere Agrarier die Millionen einbringenden Getreidezölle errungen haben. Daß diese „Noth“, wenigstens soweit der Großgrundbesitz in Betracht kommt, eitel Flunkerei ist, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Aber die Herren liefern auch selbst gelegentlich gar zu drastische Beweise, die ihre eigenen Klagen Lügen strafen. Eine treffliche Illustration dieser Art liefert z. B. der Bau und die Einweihung des Kreishauses für den Kreis Konitz. Der Bau, welcher nach seiner Vollendung, wie das „Konitzer Tageblatt“ schreibt, „einen imposanten, großartigen und namentlich im Inneren einen luxuriösen, dabei aber äußerst gediegenen Eindruck macht,“ war auf 100 000 Mark veranschlagt. Da sich im Laufe des Baues diese Summe als zu niedrig erwies, bewilligte der Kreisausschuß weitere 50 000 Mark, so daß das Gebäude 150 000 Mark kostet. Die feierliche Einweihung desselben fand am 26. Juni in Gegenwart des Oberpräsidenten von Goßler und vieler Gäste statt. Dem Weiheakte folgte ein Festmahl, gestiftet vom Kreisausschusse, mit folgender Speisenfolge: „Schildkrötensuppe, Karpfen blau, Rindslenden, junge Hühner mit Trüffeln, Krebse und Hummer, Rehbraten, frischer Stangenspargel, Eis, Gefrorenes mit Früchten, Butter und Käse, Kaffee — dazu Sekt in Fülle. Ja, die Noth ist groß!“ — Die Behauptung, daß das lukullische Einweihungsmahl vom Kreisausschusse „gestiftet“ worden sei, ist hoffentlich so zu verstehen, daß die Mitglieder des Ausschusses es sich einzeln zur Ehre angerechnet haben, die Kosten des Mahles aus ihren privaten Mitteln zu decken. Das luxuriöse Kreishaus selbst beruht jedenfalls auf dem Segen der Ueberweisungen aus der lex Huene, ist also mit den Geldern erbaut, welche aus der Tasche des Konsumenten in Form der Getreidezölle in die Kreise abfließen, nachdem die Herren Großgrundbesitzer ihren persönlichen Vortheil aus der Getreidezollpolitik bereits auf direktem Wege eingeheimst haben.

Agrarische Unverschämtheit. Der Abgeordnete v. Plötz hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Bauernbundes einige Vorschläge zur Abänderung des Programms der konservativen Partei gemacht. Es sind folgende Wünsche, die der „Bauer“ von Plötz und seine „Mitbauern“ auf dem Herzen haben: „Aufrechterhaltung des entsprechenden Schutzzolles für Getreide, Vieh und sonstige landwirthschaftliche Produkte, wirksamer Schutz gegen die Hereinschleppung kranken Viehes über die Grenze, Beschränkung oder gänzliches Verbot des Differenzspiels in den Erzeugnissen der Landwirthschaft, volle Beseitigung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer, Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes besonders für bisher vernachlässigte Landestheile, weise Sparsamkeit bei allen Staatsbauten und Schonung der Gemeinden bei Forderungen für Schulbauten ꝛc.“

Also erstens künstliche Vertheuerung der Lebensmittels, damit die „Bauern“ sich auf Kosten der armen Bevölkerung bereichern können. Dann wirksamen Schutz gegen Viehseuchen? Nein. Dieser Schutz soll nur an den Grenzen vorhanden sein; so ungefähr als die Maßnahme gegen die amerikanische Trichine, die so lauge eine sanitäre Maßregel war, bis sie abgeschafft wurde; da sagte der Schöpfer dieser Maßregel selbst, daß es eine wirthschaftspolitische Maßregel gewesen sei. Man möchte unter dem Vorwand, Schutz gegen Viehseuchen, ein gänzliches Vieh-Einfuhrverbot durchsetzen Daß die Herren wenig Steuern zahlen wollen, aber hohe Ansprüche zur Förderung ihrer Klasseninteressen erheben, das ist echt adelig. Echt adelig ist auch die Forderung: „Schonung der Gemeinden bei Forderungen für Schulbauten“. Diese Herren halten sich Hauslehrer für ihre Kinder, oder schicken sie in Gymnasien oder Kadettenanstalten. Die Schulen auf dem Lande sind nur für Arbeiter und da sind sie den Grundbesitzern oft sehr lästig. Während der Zeit, daß die Kinder in der Schule sitzen, können sie keine Kühe oder Gänse hüten und die Arbeitskraft der Kinder geht den Herren verloren. Am liebsten wäre es den Herren, wenn gar keine Schulen für Arbeiterkinder vorhanden wären.

Daß diese Forderungen unter den Standesherren Anklang finden, ist selbstverständlich. Die „Dresdener landwirthschaftliche Presse“ tritt diesen Vorschlägen durchaus bei und spricht sich dahin aus, „daß, wenn das Programm vorwiegend wirthschaftliche Forderungen und unter diesen sogar einige überwiegend im landwirthschaftlichen Interesse gestellte enthalte, so erscheint es grade deshalb um so geeigneter, der konservativen Sache zu dienen; denn eine konservative Partei, die nur in politischen und vielleicht kirchlichen Fragen gleichgesinnte Männer umfasse, sei in unserer Zeit, wo die wirthschaftlichen Interessen die vorwiegende Thätigkeit der Parlamente in Anspruch nähmen, nicht mehr denkbar.“

Nur heraus mit den Anschauungen, desto eher wird das Volk zur Erkenntniß kommen und wissen, wie es sich zu verhalten hat.

Deutsche Post-Polizei. Unter dieser Stichmarke brachten wir in Nr. 68 unseres Blattes vom 20. März dieses Jahres die Mittheilung, daß eine von den Herren Legien und Grosse-Hamburg aus Halberstadt nach Rathenow gesandte Postkarte, deren Inhalt sich auf eine am letztgenannten Orte einzuberufende Versammlung bezog, von dem Postamte in Halberstadt als „unzulässig“ zurückgewiesen worden ist. Auf diese Mittheilung hin ist von der Oberpost-Direktion in Magdeburg eine Untersuchung des Sachverhalts vorgenommen worden, welche ergab, daß die Postkarte nicht wegen ihres Inhalts zurückgewiesen wurde, sondern weil der diensthuende Postbeamte irrthümlicher Weise annahm, daß auf der Adressenseite der Postkarte radirt worden sei. Die Ober-Post-Direktion in Magdeburg hat durch mikroskopische Untersuchung feststellen lassen, daß auf der Karte nichts radirt, sondern daß durch Verschiebung beim Schreiben die Adresse verwischt worden ist. Postkarten, auf denen radirt wurde, sind von der Beförderung ausgeschlossen. In diesem Falle aber erfolgte die Zurückweisung durch einen Irrthum des betreffenden Beamten.

Sozialdemokraten und Innungen. Die kürzlich ergangene Entscheidung des Bezirksausschusses zu Oppeln, wonach Sozialdemokraten nicht Innungsmeister werden können, ist nunmehr eingehend schriftlich „begründet“ worden. Die von der Reichsgewerbeordnung im § 92 hingestellte Aufgabe der Innungen, „die Pflege des Gemeingeistes, sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Mitgliedern“ könne von Sozialdemokraten nicht erfüllt werden, weil die Sozialdemokratie eine zielbewußte Gegnerin des Innungswesens sei. Die Thatsache der persönlichen Eigenschaft der Kläger als Sozialdemokraten sei hinreichend, um ihre Fernhaltung von der Innung seitens des Vorstandes zu rechtfertigen, da es sich nicht um die Wahrnehmung eines staatsbürgerlichen Rechts, dessen die Anhänger jeder politischen Partei theilhaftig sein würden, sondern um die Aufnahme in einen engen gewerblichen Verband handle. Einen besonderen Grund zur Abweisung der Sozialdemokraten habe der Innungsvorstand mit Recht darin gefunden, daß in Folge des Eintritts der Kläger in die Innung jede christlich-religiöse Erziehung der Lehrlinge, also auch die religiöse Erziehung der eigenen Lehrlinge durch die Kläger, unterbleiben würde, weil die Sozialdemokratie eine entschiedene Gegnerin der kirchlichen Einrichtungen sei.

Gegen diese Entscheidung haben die Kläger die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts angerufen und dieses wird unzweifelhaft den weisen Entscheid des Bezirksausschusses umstoßen. Die Gewerbeordnung setzt die Bedingungen genau fest, unter welchen einem Gewerbetreibenden der Eintritt verweigert werden kann. Darunter sind aber obige Annahmen nicht zu finden.

Wegen Aufreizung der Arbeiter zum Klassenkampfe hatte sich vor einigen Tagen Reichstagsabgeordneter Schultze vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten. Im Oktober 1890, kurz bevor derselbe eine einmonatliche Gefängnißstrafe antrat, hielt er in einer Arbeiterversammlung eine Rede, die eine leidenschaftliche Form gehabt haben soll. Die Anklage machte ihm zum Vorwurf, u. A. gesagt zu haben: „Das Banner der Tyrannei muß stürzen“, sowie: „Wir wollen nicht, daß unsere Frauen und Töchter zur Unterhaltung der Söhne der besitzenden Klassen dienen“ und so weiter. Schultze erklärte, die Arbeiter im Gegentheil zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert, sowie den geistigen Kampf gemeint zu haben, und stützte sich auf eine Reihe zitirter Sätze, aus denen dies hervorgehe, sowie auf Ergebnisse der Wissenschaft, die er wiederholt angeführt hätte; übrigens sei die Meinung selbstverständlich haltlos, daß nur auf dem Wege des blutigen Kampfes etwas zu erreichen sei. Der Staatsanwalt hielt die Anklage im vollen Umfange aufrecht und beantragte 6 Wochen Gefängniß. Der Gerichtshof konnte jedoch nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß Schultze die Absicht und das Bewußtsein gehabt habe, den öffentlichen Frieden zu gefährden bezw. verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander aufzureizen, und so erfolgte die Freisprechung.

Christiania, 30. Juni. Ministerpräsident Steen theilte dem Storthing mit, das Ministerium habe demissionirt und könne den Verhandlungen nicht beiwohnen. Der Präsident des Storthings beantragte daher die Vertagung, was mit 69 gegen 42 Stimmen angenommen wurde.

Zu den englischen Wahlen beschloß eine in London stattgehabte Gewerkschaftskonferenz in einem Manifest alle Gewerkschaften aufzufordern, nur solche Kandidaten zu wählen, welche für den Achtstundentag und für die volle Entschädigungspflicht der Unternehmer bei Unglücksfällen zu stimmen sich verpflichten.

Ein belgischer Bergarbeiter-Kongreß wird am Eröffnungstage der neuen Kammer in Brüssel zusammentreten und über die Mittel zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts berathen.

Paris, 30. Juni. In der Deputirtenkammer interpellirte heute der Abgeordnete Méry wegen des Ausfluges, den der internationale Schifffahrtskongreß nach den französischen Kanälen zu machen beabsichtige. Die Sache sei für die nationale Vertheidigung von Wichtigkeit, da die deutschen Delegirten größtentheils der Armee angehörten und nur drei Ingeniöre Männer der Wissenschaft seien. Der Zweck sei nur vorgeschützt und die Regierung möge die Frage erwägen. Der Arbeitsminister Viette antwortete, die Regierung sehe nicht die geringste Gefahr; die französischen Kanäle seien nicht so unbekannt, daß man fürchten müsse, sie Ausländern zu zeigen. Die französischen Ingeniöre seien in Deutschland überall hingegangen, ohne militärische Nachrichten mitzubringen. Dasselbe werde mit den deutschen der Fall sein. Méry weist der Kammer die ganze Verantwortung für die angezeigte Gefahr zu und beantragt eine Tagesordnung, welche sich gegen die Abhaltung des Kongresses ausspricht. Die Regierung verlangt die einfache Tagesordnung, welche denn auch angenommen wird. — Delahaye interpellirt wegen der Haltung des Präsidenten Mariage im Prozesse Drumont-Burdeau. Der Redner glaubt, es würde dadurch der Richterstand bloßgestellt und die Jury selbst habe gegen das Verhalten des Präsidenten protestirt, welcher die Strafe gegen die Intentionen der Geschworenen viel zu hoch bemessen habe, nachdem er vorher versprochen, daß die Strafe nur eine leichte sein werde. Die Jury habe für sich nur das Gesetz, der Gerichtshof nur den Justizminister. Der Präsident habe der Jury das Verdikt erpreßt. Der Justizminister erwiderte, die Untersuchung habe dargethan, daß der Präsident seine Pflicht erfüllt habe. Nach lebhafter Berathung nahm alsdann die Kammer die vom Justizminister beantragte einfache Tagesordnung mit 309 gegen 202 Stimmen an.

Nach einer Mittheilung des „Temps“ werden die zuständigen Minister demnächst im Ministerrath das Projekt einer voraussichtlich im Jahre 1900 in Paris zu veranstaltenden Weltausstellung zur Sprache bringen.

Ueber die drohende Choleragefahr entnehmen wir einer Zuschrift an die „Weser-Ztg.“ Folgendes:

„Während die einige Jahre hindurch in Italien und Spanien sich häufig wiederholenden Cholerafälle dank den energischen Maßnahmen der dortigen Behörden und der Aufmerksamkeit der Schiffsführer ohne böse Folgen für das übrige Europa geblieben sind, droht die schreckliche Seuche von Persien aus wieder einen ihrer verderblichen Einfälle in die alten Kulturstaaten zu machen. Wie zu fürchten war, sind die vor einiger Zeit kundgegebenen Vorschriften der russischen Regierung zur Verhütung der Einschleppung der Cholera aus Persien ohne Erfolg geblieben. Aus der Hafenstadt Usun Ada und aus Samarkand werden bereits Cholerafälle gemeldet und, was schlimmer ist, auch schon aus Baku, dem Endpunkt der Bahn zum Schwarzen Meere, aus Astrachan und sogar schon aus der Wolgastadt Zarizyn, wo das Bahnnetz des europäischen Rußland beginnt! Die Medizinalbehörden haben nun allerdings sofort genaue Vorschriften erlassen, um die Krankheitsherde zu isoliren und neuen Ansteckungen vorzubeugen, aber die Durchführung dieser Anordnungen ist bei der Lässigkeit der amtlichen Stellen Rußlands sehr wenig gesichert. Die durch die Seuche drohende Gefahr wird um so größer, als das ganze Wolgagebiet durch die Hungersnoth und die frühere Influenza-Epidemie zur Ausbreitung ansteckender Krankheiten einen besonders geeigneten Boden abgiebt. Dazu kommt noch die im Sommer alles Maß überschreitende Unsauberkeit der Städte und der Mangel aller sanitären Vorkehrungen. Auf dem Lande giebt es nicht einmal Aerzte. Selbst die größten Städte wie Moskau besitzen weder ausreichende Wasserleitung noch irgend eine Spur von Kanalisation. Selbst wenn man wollte, läßt sich diesen Uebelständen jetzt nicht in der Eile abhelfen. Faßt hier die Krankheit erst einmal festen Fuß, dann ist man gegen ihr rasches Umsichgreifen wehrlos. Und wer kann sagen, ob nicht schon zur Stunde der Ansteckungsstoff von der Wolga nach dem Innern verschleppt ist! In Preußen und Oesterreich wird man daher gut thun, so schleunig als möglich Schritte gegen Einschleppung der Seuche an den Grenzen zu thun. Die Krankheit hat sich in Persien zuerst in aller Stille verbreitet. Beachtung fand sie erst, als sie in der großen Handelsstadt Mesched ausbrach. Der erste Fall wurde dort am 22. Mai beobachtet. Binnen wenigen Tagen griff sie um sich und raffte 280 Menschen dahin. Die Folge ihres Auftretens war eine allgemeine Panik; die Konsuln und die Europäer flüchteten sofort in die Berge. Ihnen folgen die Eingeborenen mit Kind und Kegel. Da es an Zugthieren fehlt, wird das nothwendigste Hausgeräth auf dem Rücken mitgeschleppt. Alle Läden sind geschlossen. Die Behörden haben den Kopf vollkommen verloren und keinerlei Maßregel ergriffen. Nur zwei russische Aerzte sollen ausgeharrt haben und Tag und Nacht arbeiten, um nach Kräften zu helfen. Ihre Rathschläge bleiben bei den persischen Behörden ganz erfolglos. Mittlerweile greift die Seuche immer weiter um sich und hat auch bereits auf die meisten Dörfer der Umgebung der Stadt sich ausgedehnt.“

Die Nachricht über die Beendigung des **Bürgerkrieges in Venezuela** war jedenfalls verfrüht. Die Abreise des früheren Präsidenten Palacio hat den Frieden noch nicht gebracht. Ein Telegramm aus Caracas meldet: Villegas, welcher nach dem Sturze Palacios die Leitung der Geschäfte bis zur Wahl eines Präsidenten durch den Kongreß übernommen hat, stößt auf Widerstand bei dem siegreichen Führer der aufständischen Bewegung, bei General Crespo. Die Einladung Villegas' an Crespo, sich mit ihm zur Neugestaltung der Regierung zu vereinigen, fand bei Crespo Ablehnung; General Crespo verlangte die Abdankung Villegas', die aufständische Armee marschirt gegen Caracas, und — so wird der „Times“ berichtet — eine neue Entscheidungsschlacht droht. Villegas hat, wie bereits gemeldet, ein Kriegsschiff abgesandt, um den ehemaligen Präsidenten von Venezuela, Rojas Paúl, aus der Verbannung zurückzuführen, ein Vorgehen, das auf die Gewinnung der Anhänger Paúls in den Reihen Crespos abzielt.

Der Kapitalismus ist überall gleich, ob er auf der nördlichen oder südlichen Erdhälfte auftritt. Seine Sehnsucht nach billigen Arbeitskräften ist überall gleich groß und er weiß dieser Sehnsucht auch Befriedigung zu verschaffen. Kapitalistische Blätter lassen sich aus Queensland in Australien vom 16. Mai berichten:

Das Parlament hat in seiner soeben beendeten Session ein Gesetz von weittragender Bedeutung für Australien geschaffen: die „Pacific Island Labourers Bill“ (Kanaka-Arbeiter-Vorlage) ist mit 32 gegen 7 Stimmen angenommen worden. Damit ist vorläufig eine Frage erledigt, welche die gesammte Bevölkerung lange Zeit tief erregt hat. Man hofft von der Wiedereinführung der Südsee-Insulaner eine Neubelebung unserer Zuckerindustrie, welche gegenwärtig vollständig daniederliegt; die Ursache dieses Niederganges glaubt man in der ungleich theureren Arbeit der Weißen zu finden, die gleichzeitig in ihrem Werthe durch geringere Widerstandsfähigkeit der Europäer gegen das Klima beeinträchtigt wird.

Die „Kanaken“ sind die Südsee-Insulaner, die, ehe sie von der europäischen Kultur beleckt worden, bei herrlichem Klima und in reicher Natur ein paradiesisches

Aneinander gekettet.

Amerikanischer Kriminal-Roman
von
Otto von Ellendorf.

(Nachdruck verboten.)

(10. Fortsetzung.)

„Well, Sir, wenn Miß Marion verleumdet wurde, so mag sie sich mit Ophelia, Maria Stuart, der heiligen Magdalena und noch anderen Damen trösten; im Uebrigen aber muß ich anerkennen, daß sie einen Advokaten par excellence hat, um sie zu vertheidigen.“

„Es giebt Gründe, Sir, die sich von selbst vertheidigen,“ fuhr Mr. Blant in gedämpftem Tone fort. „Miß Marion Curtis hat einen Anspruch auf allgemeine Achtung. Jedoch unsere eigene Reputation und die unserer Gattinnen und Töchter sind der Laune irgend eines Schuftes preisgegeben. Mag sein, daß seinen Verleumdungen zuerst kein willig Ohr geliehen wird, jedoch werden sie wiederholt geäußert, so werden sie auch geglaubt und das Gesetz, Sir, ist nicht mächtig genug, um die öffentliche Meinung in den Bann zu thun, während wir selbst noch nicht einmal genau wissen, was man über uns denkt und spricht.“

„Bah,“ rief der Doktor, „was will das sagen, nach meiner Meinung giebt es nur eine Stimme, die werth ist, daß man auf sie hört: die des Gewissens! Denn was die „öffentliche Meinung“ anbetrifft, die sich aus der Ansicht einiger tausend Narren und dem leeren Geschwätz eben so vieler Schlechtgesinnten als vox populi zu dokumentiren berechtigt glaubt, so muß ich Ihnen gestehen, daß ich sie verachte!“

Die Unterhaltung würde sich noch in die Länge gezogen haben, wenn nicht Mr. Clay, auf seine Uhr sehend, geäußert hätte, daß es beinahe sechs, also schon spät und noch viel zu thun sei. Darauf einigte man sich dahin, daß Mr. Clay seinen Bericht abfassen, Dr. Brandon die post mortem Examination vornehmen und Mr. Blant den Detektiv in seinen Nachspürungen unterstützen solle.

„Ah,“ rief Mr. Skerrett, als die beiden Letzteren allein waren, indem er so tief Athem schöpfte, daß es schien, als sei er von einer schweren Last befreit, „jetzt werden wir schneller vorwärts kommen.“ Als er sah, daß Mr. Blant lächelte, fuhr er fort: „Es ärgerte mich, bei meiner Ankunft die Wahrnehmung zu machen, daß die Untersuchung bereits eingeleitet war. Die Anderen hatten daher Gelegenheit, eine Theorie sich zu bilden und halten mich für einen Narren, daß ich mich derselben nicht anschließe. Mr. Clay glaubt nun fest, der Fall sei gewöhnlich und nicht im mindesten verwickelt; ich aber, Skerrett, der bevorzugte Schüler Grashams, ich sehe durchaus noch nicht klar in dieser dunklen Affäre,“ und wie in Erinnerungen verloren, fügte er hinzu, „nein, ich bin von der Spur abgekommen und fürchte, ich habe mich verirrt.“

Mr. Blants Antlitz erschien ruhig wie nie, aber in seinen Augen leuchtete es hell, als er sagte: „Vielleicht haben Sie recht, wenn Sie glauben, hinter alle dem stecke etwas Räthselhaftes — schrecklich Geheimnißvolles.“

Der Detektiv sah ihn fragend an, aber Mr. Blant schien undurchdringlich. Eine Pause entstand, während welcher Mr. Skerrett nachsann. „Dieser würdige Alte ist ein ganz geriebener Kunde,“ dachte er, „dessen Handlungen und Bewegungen ich scharf überwachen muß. Seine Ansichten sind durchaus nicht die des Staatsanwalts und er hat Ideen, die er nicht auszusprechen wagt. Im ersten Augenblick erkannte er mich, trotz dieser Perrücke und des hübschen Schnurrbartes, und obschon er mich irreführen wollte, er gern gesehen hätte, wenn ich Mr. Blants Meinung mich angeschlossen, zeigte er mir den richtigen Weg. Jetzt zieht er sich zurück und überläßt mir gern allein die Ehre, das Geheimniß zu entschleiern, aber — warum? — Er lebt hier und will sich vielleicht keinen Feind machen, doch nein — das ist's nicht, er braucht keinen Menschen zu fürchten. Well, was aber bedingt dann seine Handlungsweise? Ah, vielleicht schreckt er vor seinen eigenen Gedanken zurück und hat so entsetzliche Dinge entdeckt, daß er nicht wagt, über sie zu sprechen —“

Ein plötzlicher Gedanke kreuzte sein Hirn. „Nach meinem Dafürhalten bleibt nur noch wenig zu thun übrig, Sir,“ begann er, „zwei von den Schurken sind in Haft und wenn die sich einmal zu reden entschließen, wozu sie sich doch einmal früher oder später bequemen werden, wird uns Alles klar.“

Ein Eimer voll Eiswasser jäh über ihn ausgeschüttet, hätte Mr. Blant nicht mehr erstarren machen können, wie diese Worte. „Was?“ rief er aus, „würden Sie — ein Mann von solcher Erfahrung, der —“

Zufrieden mit dem Erfolg seines Manövers, war Skerrett kaum im Stande, seine Ruhe zu bewahren, während Mr. Blant in lautes Lachen ausbrach, indem er einsah, daß er in die Falle gegangen. Aber nicht ein Wort wurde von den beiden Männern, beide so erfahren in den Geheimnissen des Lebens, über das, was sie einander abgelauscht, für jetzt gesprochen.

„Jetzt ist es an der Zeit, zu handeln,“ rief Skerrett, einen Blick auf seine große Taschenuhr werfend, „wie der Rapport des Mayors sagt, hat man ein Instrument gefunden, mit dem man die Möbel hier zertrümmert hat — und das muß ich sehen.“

„Das ist richtig,“ erwiderte Mr. Blant, „wir fanden ein Beil in einem Zimmer, von dem aus man den Garten übersieht — im zweiten Stock —, es lag am Boden in der Nähe eines kleines Schrankes, den man damit angriff, aber nicht zertrümmerte, ich gestattete Niemanden, es anzurühren.“

„Sie thaten recht daran. Ist es ein schweres Beil?“

„Es wiegt ungefähr fünf Pfund.“

„Gut, wir wollen es ansehen.“

Sie erstiegen die Treppe und traten in das bezeichnete Zimmer. Nach einigen Sekunden Pause legte sich Skerrett seiner ganzen Länge nach auf den mit Wachstuch überzogenen Boden und examinirte ganz genau die Eindrücke, die das Instrument in denselben gemacht.

„Ich glaube,“ sagte Mr. Blant, „daß die Angreifer das Beil hierher gebracht, um uns von der Fährte abzubringen, denn Sie sehen, es war überflüssig, dieses Möbel, das ich mit meiner Faust einschlagen kann, mit dem Werkzeug zu erbrechen. Sie haben anscheinend nur einen Schlag damit gethan und es sodann niedergelegt.“

Skerrett erhob sich. „Ich glaube, Sie irren sich, denn das Beil war nicht vorsichtig niedergelegt, sondern mit Wucht dahin geschleudert worden und war entweder Furcht oder Wuth das Motiv dazu. Bemerken Sie diese drei tiefen Eindrücke hart nebeneinander in dem Wachstuch und der Diele? Als der Mörder es niederwarf fiel es zuerst auf die Schneide, wodurch dieser tiefe Einschnitt entstand und dann auf die Seite, was diese Male hier bei meinen Fingern verursachte.“

„In der That, es scheint, wie Sie sagen,“ erwiderte Mr. Blant überrascht, „aber ich weiß nicht, was ich davon denken soll —“

„Waren die Fenster dort heute Morgen ganz so weit geöffnet, wie jetzt?“ fragte Skerrett.

„Genau so, Sir.“

„Ah, dann haben die Schurken irgend ein Geräusch im Garten vernommen, das sie bei der Arbeit störte. Ich kann nicht sagen, was sie hörten und sahen, aber es hat sie im Höchsten erschreckt, worauf sie das Beil fortwarfen und flohen. Sehen Sie nur mal genau auf die Eindrücke und Sie werden überzeugt sein, daß das Beil von Jemandem, der in der Nähe des Fensters und nicht des Schrankes gestanden, weggeschleudert wurde.“

Mr. Blant stand, das Kinn in die Hand gestützt, da, anscheinend im Nachdenken verloren.

Skerrett sah ihn an, er schien zu ahnen, was der Zweifler sann, hielt es jedoch für unangemessen, ihn zu fragen.

„Die Geschichte mit der Axt verblüfft mich auch,“ sagte er, „denn ich glaubte, die Mörder hätten mit der größten Gemächlichkeit hier gewirthschaftet, indessen das ist gradezu unmöglich, sie müssen überrascht und gestört worden sein.“

Blant entging kein Wort.

„Die Spuren, die wir fanden,“ fuhr Skerrett fort, „sind zweierlei Art, das durchwühlte Bett sollte uns irre führen, während die Lage des Beiles keine bezweckte, sondern eine gezwunge, durch die Situation hervorgerufene ist. Aber ich muß gestehen, hier —“

Skerrett brach ab, aber in den Mienen las man, daß sein Hirn mit der Lösung eines Räthses beschäftigt war.

„Nun was